

Moria Antrag findet erneut keine Mehrheit

Angesichts der aktuellen Entwicklung im Flüchtlingscamp Moria auf der griechischen Insel Lesbos sollte die Landeshauptstadt Schwerin ihren Beitritt zum kommunalen Bündnis "Städte Sicherer Häfen" erklären und sich bereit erklären, symbolisch bis zu 20 Geflüchtete aus dem Mittelmeerbereich über das nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel berechnete Kontingent hinaus aufzunehmen. Fraktionsvize Dr. Daniel Trepdorf schilderte die dramatische Situation für die betroffenen Menschen und appellierte in seiner Rede insbesondere an die CDU, sich an ihre christlichen Werte zu erinnern und sich von Nächstenliebe leiten zu lassen. Alles Werben half nichts, eine Mehrheit aus CDU, AfD und UB lehnte den Antrag ab.

Weihnachtsmarkt in Schwerin? – Ja sofern möglich.



Die steigende Zahl der Corona Infektionen im ganzen Land, macht eine Durchführung des Weihnachtsmarktes derzeit eher unwahrscheinlich. Von daher werden epidemiologische Kennzahlen am Ende darüber entscheiden, ob überhaupt und in welcher Form die Veranstaltung in diesem Jahr stattfinden kann, wie Martin Frank in der Debatte erläuterte. Grundsätzlich unterstützt die Linksfraktion die Bemühungen der Verwaltung, die auf eine Durchführung mit entsprechenden, hygienischen Vorsichtsmaßnahmen zielen.

Kreuzung Robert-Beltz-Straße/Lübecker Straße für den Radverkehr verbessern

Die Verkehrsuntersuchung für den Schulstandort Schweriner Weststadt problematisiert neben den fehlenden Radverkehrsanlagen auf dem hinführenden Hauptstraßennetz den Knotenpunkt Lübecker Straße/Robert-Beltz-Straße. Verkehrsreiche Kreuzungen sind oft Unfallschwerpunkte des Radverkehrs und werden von Radfahrenden als unangenehm eingeschätzt. Für die Entscheidung, ob ein Kind mit dem Rad zur Schule fahren kann, reicht unter Umständen eine als unsicher bewertete Stelle aus, um ein anderes Verkehrsmittel zu wählen, attestieren die Gutachter. Henning Foerster dankte den Grünen für diese Initiative. Die jetzige Lösung mit einem Radstreifen in Mittellage müsse dringend überdacht werden.

Oberbürgermeister widerspricht Beschluss zum kostenlosen Nahverkehr

Die Stadtvertretung hatte in ihrer letzten Sitzung die Einführung des kostenfreien Nahverkehrs für Schweriner Schüler bis einschließlich Klassenstufe 13 ab dem 01.01.2021 beschlossen und den Oberbürgermeister beauftragt, der Nahverkehr Schwerin GmbH ab dem Haushalts-/Geschäftsjahr 2021 den dafür erforderlichen Mehrbedarf zuzuweisen. Dagegen dieser Widerspruch eingelegt. Ein Affront, so Fraktionschef Gerd Böttger, der den Oberbürgermeister aufforderte, mit der inflationären Nutzung des Instrumentes Widerspruch aufzuhören und gemeinsam mit der Stadtvertretung an einer Lösung zu arbeiten.

Oberbürgermeister widerspricht Beschluss zu drittem Beigeordneten



Was früher normal war, werde heute polemisch als unzulässiges Postengeschacher gegeißelt, sagte Henning Foerster vor allem in Richtung der SPD. Vor einigen Jahren forderte diese vehement ein, in der Verwaltungsspitze abgebildet zu sein. Deshalb folgte auf den linken Beigeordneten Wolfram Friedersdorf seinerzeit der SPD-Beigeordnete Andreas Ruhl. Die Kommunalwahl 2019 hat die Zusammensetzung des Stadtparlamentes entscheidend verändert. Künftig möchten neben der SPD und der CDU auch die LINKE

und die Unabhängigen Bürger wieder mit geeigneten Kolleginnen und Kollegen mitwirken. Darüber hinaus gibt es genug Themenfelder, die derzeit nur ungenügend bearbeitet werden. Dazu zählen unter anderem Digitalisierung, e-Government, Klimaschutz oder Betreuung des Ehrenamtes. Dem könnte ein dritter Beigeordneter abhelfen.

Jugendhaus Dr. K. muss dringend saniert werden

Das Jugendhaus Dr.-Külz-Str. ist der historisch bedeutsamste Treff der Kinder- und Jugendarbeit der Landeshauptstadt Schwerin. Das Haus ist seinem Wesen nach ein Verwaltungsgebäude. Durch unzureichende bzw. nicht durchgeführte Investitionen in die Bausubstanz sind nunmehr ein erheblicher Investitionsstau und Schäden vor allem am Dach und Dachstuhl entstanden. Rettungswege sind nicht im ausreichenden Maß vorhanden. Diese zu beheben und das Haus für die Zukunft fit zu machen, ist das Ziel dieses Antrages, so Martin Frank.

Erinnerung an den Herbst 1989



Im Herbst 1989 gingen auch in Schwerin tausende Bürgerinnen und Bürger auf die Straße. Sie forderten zunächst Grundrechte, wie die Rede-, Reise, Wahl- oder Versammlungsfreiheit und wollten die DDR reformieren. Die Dynamik der folgenden Monate führte zu großen Umwälzungen und gipfelte schließlich im Oktober 1990 in der Deutschen Einheit. Das Land Mecklenburg-Vorpommern gewährt Zuwendungen für Denkzeichen 1989, welche zu einer

nachhaltigen Erinnerung an die Ereignisse der Friedlichen Revolution im Jahr 1989 beitragen. Mit der Förderung soll erreicht werden, dass die Erinnerung an die Ursachen und Ereignisse der Friedlichen Revolution 1989 stärker in das öffentliche Bewusstsein gelangen und auch für spätere Generationen ansprechend veranschaulicht werden, so Henning Foerster. Der Antrag löste heftige Emotionen aus. Obwohl sachlich vorgetragen und lediglich darauf ausgerichtet, die von der Landeszentrale für politische Bildung bereit gestellten Mittel abzurufen, entbrannte eine Debatte über die Rolle von SED und MfS sowie den Mauerbau. Dr. Daniel Trepsdorf verwies darauf, dass die LINKE sich unter anderem durch die Arbeit ihrer historischen Kommission intensiv mit ihrer Verantwortung auseinandergesetzt habe. Insofern würden die Attacken ins Leere laufen, noch dazu, wenn sie an Stadtvertreter adressiert sind, die zur Wende noch Schulkinder waren.